

## Beschluss des Landrats vom 13.01.2022

Nr. 1324

### 10. Fragestunde der Landratssitzung vom 13. Januar 2022 2021/739; Protokoll: mko

#### 1. Christina Jeanneret-Gris: Corona – Omikron Pandemiewelle

**Christina Jeanneret-Gris** (FDP) stellt eine Zusatzfrage: Bereits zu Beginn der Pandemie wurden mehrere Millionen Franken gesprochen für die wissenschaftliche Begleitung der Massnahmen. Die wichtigsten Fragen sind aber nach wie vor nicht geklärt, wie z. B. wie viele Geimpfte und Geboosterte sich angesteckt haben. Dies wäre eigentlich im Rahmen des Contact Tracings ganz einfach zu erfragen gewesen. Ebenso wäre interessant zu wissen, wie viele Personen sich im Spital angesteckt haben und ob die Qualität der getragenen Maske (FFP2 oder chirurgisch) eine Rolle gespielt hat. *Wann darf man mit der Beantwortung solcher Fragen rechnen. Anders gefragt: Wann erfährt man, wofür man das Geld für die wissenschaftlichen Studien ausgegeben hat?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, dass es am Anfang in der Tat je nach Phase verschiedene wissenschaftliche Begleitungen (durch die Ärztegesellschaft etc.) gegeben habe. Die hier aufgeworfenen Fragen befinden sich aber zum grossen Teil in der Kompetenz des Bundes. Schon vor Längerem wurde eine longitudinale Kohorten-Studie angeregt, mit der der Immunstatus der immer gleichen Personen untersucht wird. Dies gewinnt nun an Bedeutung. Man befindet sich in der Tat in einem Paradigmenwechsel und der Übergang in eine epidemische Phase – in der der Virus wie andere Viruserkrankungen unter der Population zirkuliert – wird gut begleitet. Zu diesem Zweck braucht es Antworten auf derartige Fragen, um für den nächsten Herbst oder Winter entsprechend gerüstet zu sein. Der Votant hat dem Amt für Gesundheit den Auftrag gegeben, zu vertiefen resp. spezifisch zu verstärken, was in kantonaler Kompetenz möglich ist. Gleichzeitig geht es darum, beim Bundesamt für Gesundheit vorstellig zu werden, bei dem man sich noch immer fragt, weshalb solche Studien nicht schon längst aufgesetzt wurden. Dort wären die Ressourcen dazu vorhanden. Es wäre auf jeden Fall wichtig, derartige Aufschlüsse für das ganze Land zu haben.

#### 2. Stefan Degen: Fallzahlen Corona

**Stefan Degen** (FDP) dankt für die Beantwortung der Fragen. Es ist doch etwas erstaunlich, dass der Kanton Baselland bei den Zahlen so stark von den übrigen Kantonen abweicht. Bundespräsident Cassis hat in der Arena bestätigt, dass um die 50 % der Coronafälle mit – und nicht wegen – Corona in Spitalpflege sind, obschon klar ist, dass diese Unterscheidung nicht immer ganz einfach ist. Er bestätigte aber auch, dass dies gemäss WHO standardisiert so erfasst wird und dass eigentlich jede Person, die positiv getestet wurde, als Coronafall geführt wird.

Der Votant hat zwei Zusatzfragen: *Warum ist in Baselland die Abweichung vom Schweizer Durchschnitt so gross? Verfolgt der Kanton trotz der klaren Vorgaben der WHO eine andere Erfassungsmethode oder gibt es hier eine ganz andere Durchmischung von Corona- und anderen Fällen?*

Der Regierungsrat sagt, es gäbe keine Entkoppelung, was sich mit einem Blick auf die Grafik jedoch nicht gerade aufdrängt. *Ab wann handelt es sich für die Regierung denn um eine Entkoppelung – und was bräuchte es in dem Fall, damit die Massnahmen gelockert werden können?*

**Peter Riebli** (SVP) stellt eine weitere Zusatzfrage: *Wie sieht die Situation altersmässig aus? Gibt es Zahlen, wie viele Personen je Altersgruppe getestet wurden, wie viele positive Fälle es gab,*

*welche davon ins Spital bzw. auf die Intensivstation mussten und wie viele – pro Altersgruppe – gestorben sind?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet, dass die von Peter Riebli gewünschte Aufschlüsselung nach Kategorien existiere und sich nachliefern lasse. [siehe [Nachtrag](#)]

Zur Zusatzfrage von Stefan Degen antwortet der Gesundheitsdirektor, dass er lediglich auf jene Datengrundlage referenzieren könne, die es im Kanton gebe, nämlich jene der Spitäler. Diese floss entsprechend in die Antwort ein. Es ist ihm nicht bekannt, auf welche Quellen sich der Bundespräsident in der Arena gestützt hat. Auf jeden Fall gibt es in den kantonalen Spitälern keine Hinweise auf eine wesentliche Zahl von Belegungen durch Covid-Patienten, die an anderen Erkrankungen leiden. Die Erfassungsmethodik ist dieselbe. Eine wesentlich andere Durchmischung der Population ist auszuschliessen. Somit ist davon auszugehen, dass die Frage im Sinne von «best guess» beantwortet wurde.

Es herrschte im Kanton stets der Grundsatz des «so viel wie nötig, so wenig wie möglich». Das gilt sowohl für die Massnahmen in den Schulen, das Vorhalten der Infrastruktur, als auch für Massnahmen gegenüber der Bevölkerung. Es gibt jedoch im Moment keine Anzeichen, dass gar nichts mehr nötig ist. Doch sieht man mittlerweile immerhin den Silberstreifen am Horizont, den Übergang in die endemische Lage. Im Rahmen der Vernehmlassung an den Bund, die bis kommenden Montag zu erfolgen hat, wird sich der Kanton nochmals damit beschäftigen, wie er sich zu den vom Bund vorgeschlagenen Massnahmen stellt. Es gilt, die einschränkenden Massnahmen nach dem erwähnten Grundsatz aufrechtzuerhalten und sie situationsgerecht anzupassen, um sie dann so früh wie möglich zu lockern – aber nicht früher.

**3. Erika Eichenberger: Zur aktuellen Situation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, zu Wartelisten und zur Qualität der Behandlung**

**Erika Eichenberger Bühler** (Grüne) bedankt sich für die Frage und stellt eine Zusatzfrage zu ihrer ersten Frage. Sie liest zwischen den Zeilen der Antwort, wonach sich die Rekrutierung von zusätzlichem Personal schwierig gestaltet, dass man im Moment tatsächlich nicht allen Patientinnen und Patienten die bestmögliche Behandlung ermöglichen kann, auch wenn man sich gut bemüht, sämtliche Kapazitäten zur Behandlung der Patienten zusammenzuziehen. *Ist das richtig?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) macht in seiner Antwort klar, dass dies nur bedingt richtig sei. Die optimale oder bestmögliche Betreuung entspräche vermutlich einem Betreuungs-schlüssel von 2 zu 1. Selbstverständlich ist das nicht möglich. Im Moment hält sich zwischen Angebot und Nachfrage die Waage, zumindest einigermaßen. Es ist nicht so, dass zulasten der Patientinnen und Patienten auf Behandlungsstandards verzichtet werden muss.

**4. Miriam Locher: Wiederaufnahme Präsenzunterricht an Primarschulen und der Sekl**

Keine Zusatzfrage.

**5. Miriam Locher: Wiederaufnahme Präsenzunterricht an den Mittelschulen**

Keine Zusatzfrage.

**6. Laura Grazioli: PCR-Tests als Grundlage für die aktuellen «Fallzahlen»**

Keine Zusatzfrage.

**7. Laura Grazioli: Gesetzliche Grundlage für das Obligatorium «Breites Testen» an Baselbieter Schulen**

Keine Zusatzfrage.

**8. Ursula Wyss: Entschädigung der Gemeinden für die Steuerveranlagung**

**Ursula Wyss Thanei** (SP) bedankt sich für die Antworten und stellt eine Zusatzfrage. Es hat sich gezeigt, dass die durchschnittlichen Kosten für eine Steuerveranlagung mit der Entschädigung zur Hälfte gedeckt sind. Es gibt einige Gemeinden, die in finanzielle Schieflage geraten, wo man nun Überlegungen zum Sparpotenzial anstellt. Münchenstein hat es vorgemacht und übergab dem Kanton die Steuerveranlagung. *Wie schätzt der Kanton die Gefahr ein, dass weitere Gemeinden diesem Beispiel folgen? Wäre der Kanton gewappnet?*

**Antwort:** Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) findet diese Frage interessant, denn in der Tat stellt man fest, dass immer mehr Gemeinden sich an den Kanton wenden, um die Veranlagung diesem zu übergeben. Dies ist letztlich auch der Grund, weshalb die Kosten von CHF 57.70.– auf zuletzt CHF 61.60.– pro Veranlagung gestiegen sind. Dies insbesondere deshalb, weil die Gemeinden Münchenstein, Arisdorf, Reigoldswil und Ettingen neu hinzugekommen sind. Die Mehrkosten kommen natürlich auch auf den Kanton zu, insbesondere in Zusammenhang mit der Ablösung von EasyTax und der Überführung in eine Online-Lösung.

Zur Situation der Finanzen bei den Gemeinden liest man im Moment viel. Es sei darauf hingewiesen, dass es jeweils einzelne Gemeinden sind, die medial gross in den Fokus geraten. Die Gesamtheit der Rechnung in den Jahren 2020 und 2021 weist hingegen aus, dass die Gemeinden grösstmehrheitlich gut abgeschlossen haben. Was nicht heisst, dass der finanzielle Druck – zumal in einzelnen Gemeinden wie Waldenburg oder Oberdorf, wo die Ursachen bekannt sind – nicht vorhanden ist.

Zur ursprünglich von Ursula Wyss gestellten Frage 3 über den Anteil der direkten Bundessteuer darf der Votant noch hinzufügen, dass es diesen Anteil tatsächlich gibt. Die Gemeinden erhalten neu seit der Steuervorlage 17 einen Anteil an der direkten Bundessteuer, die im Kanton ausbezahlt wird. Das steht zwar nicht gerade in direktem Zusammenhang mit der Steuerveranlagung – aber nichtsdestotrotz. Effektiv wurden an die Gemeinden aus dem Ertrag der direkten Bundessteuer CHF 12,26 Mio. ausbezahlt, aus dem Bundesanteil, den der Kanton vom Bund erhält. Das ist die Situation.

Wenn es allerdings noch mehr Gemeinden gibt, die die Veranlagung durch den Kanton durchführen lassen, benötigt der Kanton natürlich mehr Ressourcen – so wie zuletzt beim Hinzukommen von Münchenstein, Reigoldswil und Ettingen.

://: Alle Fragen sind beantwortet.

---